

„Die Meute“ – so hat die Fotografin und Filmemacherin Herlinde Koelbl vor knapp einem Jahrzehnt ihr Werk überschrieben, das die Beschleunigung der Nachrichtenproduktion eindrucksvoll darstellt. Das Bild von der Masse der Hauptstadtjournalisten, die nahezu rund um die Uhr nach Informationen lechzt und hierfür notfalls bis tief in die Nacht vor verschlossenen Türen ausharrt, symbolisiert den Wandel der politisch-medialen Strukturen auf Bundesebene. Auch wenn so manche Veränderung gern auf den Regierungsumzug von der provinziellen Idylle Bonns in die hektische Metropole Berlin geschoben wird, so ist es vor allem der Wandel des Mediensystems, der die Beziehungen zwischen Politikern und Journalisten verändert und deren Klima im Online-Zeitalter besonders aufgeheizt erscheinen lässt. Vor dem Hintergrund der ökonomisch-technischen Veränderungen im Mediensystem fragt dieser Beitrag nach den Auswirkungen auf die journalistischen Arbeitsbedingungen und das Verhältnis von Politikern und Journalisten. Illustriert wird dies anhand von Ergebnissen einer Studie, in der führende Hauptstadtjournalisten und Bundestagsabgeordnete zu ihren wechselseitigen Beziehungen und zum Einfluss der Medien auf die Gesundheitsreform der Großen Koalition interviewt wurden.

Ökonomisierung und Ausdifferenzierung des Mediensystems sind miteinander zusammenhängende Trends und Kennzeichen unserer (Medien-)Demokratie. Medienpolitische Weichenstellungen wie die Deregulierung im Rundfunk-

sektor in den 1980er-Jahren sind in der Regel auch ökonomisch motiviert. Gerade in einer Zeit äußerst knapper finanzieller Ressourcen werden Massenmedien eher als Wirtschaftsgüter denn als Kulturgüter betrachtet. Nach dem Privatrundfunk ist es seit Mitte der 1990er-Jahre zunehmend das Internet, welches das politische Kommunikationssystem verändert. Digitalisierung und Beschleunigung der Nachrichtenproduktion sowie der unvermindert hohe Wettbewerbsdruck, der auf Journalisten lastet, werfen zunächst die Frage auf, wie sich deren Arbeit verändert.

Wettbewerb um Aufmerksamkeit

In Berlin konkurrieren die rund neunhundert bei der Bundespressekonferenz akkreditierten Parlamentskorrespondenten um die härteste Währung der Medienlogik: Aufmerksamkeit. Um im Wettbewerb hervorzustechen, bedarf es möglichst exklusiver Informationen, sodass die Hauptstadtjournalisten in der schnelllebigen Online-Welt ständig unter Aktualitäts- und Produktionsdruck stehen. Das Bewusstsein, dass die soeben erlangte Information schon bald veraltet sein wird, führt dazu, dass deren Relevanz als journalistisches Selektionskriterium an Bedeutung verliert. So geht der Wettbewerb um die schnellste Schlagzeile zulasten gründlicher Recherche und Einordnung des Geschehens. Die Beschleunigung erfasst keineswegs nur die Online-Journalisten, zeigen doch Studien, dass Politikjournalisten insgesamt im Zuge der Digi-

talisierung stärker medienübergreifend arbeiten – und damit auch Print- und Rundfunkjournalisten den Produktionszwängen der Online-Medien unterliegen. In dem Maße, in dem sich die Berliner Büros als crossmedial arbeitende Organisationen der kontinuierlichen „Content“-Herstellung verstehen müssen, verwässern zudem die Grenzen zwischen den hausinternen Redaktionen – Abstimmungsaufwand und Arbeitsverdichtung steigen. Dass die Hauptstadtjournalisten trotz dieser Arbeitsbelastung zu den regelmäßigen Besuchern der in Berlin so zahlreichen Abendveranstaltungen gehören, ist wohl wesentlich auf ihre Sorge zurückzuführen, neue Informationen und Interpretationen der Konkurrenz überlassen zu müssen.

Die Auswirkungen dieser Rahmenbedingungen auf das Verhältnis von Journalisten und Politikern liegen auf der Hand. Voraussetzung für Exklusivinformationen ist der exklusive Zugang zu Politikern. Dabei geraten Journalisten leicht in Konflikt mit professionellen Standards: Wer sich die Nähe mit wohlwollender Berichterstattung sichert, kann gleichzeitig schwerlich als Kontrolleur fungieren. Dass Journalisten dieser Drahtseilakt missglückt, ist in dem Maße zu befürchten, in dem die Menge ihrer Exklusivinformationen als innerredaktioneller Maßstab für den Wert ihrer Arbeit gilt. Journalisten, die täglich nahezu rund um die Uhr im Wettbewerb bestehen müssen, sind gegenüber Spitzopolitikern insofern in einer prekären Situation, als diese die Konkurrenten gezielt gegeneinander ausspielen können. Das vertrauliche Papier oder Interview wird jenen Medien verweigert, die durch unliebsame Berichterstattung aufgefallen sind. Ein solches Belohnungssystem mag aus Sicht seiner politischen Profiteure nachvollziehbar sein, aus Publikumsperspektive ist es jedoch problematisch, wenn sachfremde Kriterien die

Aushandlung der Berichterstattung prägen.

Neigen Journalisten ob dieses Belohnungssystems dazu, sich in einer schwächeren Position gegenüber der politischen Klasse zu sehen, so sehen sich umgekehrt Politiker als Opfer, wenn Medien „den Hintergrund brechen“. Beispiele dafür gibt es zur Genüge, sodass Politiker in ihrem Informationsverhalten den Vertrauensbruch gezielt einkalkulieren. Aus diesem Grund haben die berühmt-betrügtigten Hintergrundkreise in Berlin stark an Bedeutung verloren. Nur in kleinen, homogenen Gesprächszirkeln wie dem Wohnzimmerkreis, dessen Mitglieder abwechselnd nach Hause einladen, findet ein substanzeller Hintergrundtausch statt. Der Urheber einer Indiskrektion lässt sich aber nur bei einem Vier-Augen-Gespräch ermitteln, nur in diesem Interaktionsrahmen ist im Falle eines Vertrauensverhältnisses mit einem Höchstmaß an Klartext zu rechnen. Dies ist insofern problematisch, als dieser exklusive Zugang zu Politikern nur einem kleinen Kreis der journalistischen Elite gewährt wird. Der Vertrauensbruch infolge der Medienkonkurrenz befördert so eine journalistische Zweiklassengesellschaft. Je intensiver mit Informationen gehandelt wird, desto klarer verläuft die Grenze zwischen Gewinnern und Verlierern in diesem Wettbewerb.

Symbiotisches Abhängigkeitsverhältnis

Vor diesem Hintergrund ist verständlich, wenn Tissy Bruns, Chefkorrespondentin des Berliner *Tagesspiegels* und eine der schärfsten Kritikerinnen der eigenen Berufsgruppe, Politiker und Journalisten in einer „Misstrauengemeinschaft“ sieht. Doch auch wenn Abgeordnete und Parlamentskorrespondenten aufgrund der Beschleunigung der Kommunikation über zahlreiche Konflikte in ihren Beziehungen berichten, wird das politisch-mediale

Klima keineswegs als vergiftet angesehen, weil die Akteure ihre Konflikte vor allem mit systembedingten Zwängen erklären und nicht persönlich nehmen. Die Kontakte zwischen Politikern und Journalisten sind zu intensiv, als dass sie nicht um das Rollenkorsett der jeweils anderen Seite wüssten. Auch wenn es immer wieder Instrumentalisierungsversuche und Indiskretionen gibt, ist das Abhängigkeitsverhältnis im Kern symbiotisch, weil der Tausch von Information gegen Publizität das politische Kommunikationssystem aufrechterhält. Waren die politisch-journalistischen Beziehungen kurz nach dem Regierungsumzug mangels etablierter Strukturen zunächst extrem spannungsreich, so bilden die Berliner Politiker und Journalisten inzwischen ein Interaktions- und Handlungssystem mit festen Regeln und Mechanismen zur Konfliktbewältigung.

Mit dem Bedeutungszuwachs der Online-Kommunikation verdichten sich die Beziehungen, weil es permanent Nachrichten zu produzieren gilt. So werden kleinste Regungen registriert, die weniger vom Publikum als vielmehr innerhalb des politisch-journalistischen Milieus wahrgenommen werden. Würden die Akteure reflektieren, wie vergleichsweise oberflächlich die Masse der Bevölkerung das Produkt ihrer Interaktionen zur Kenntnis nimmt, so könnten sie über so manche Nachricht getrost hinwegsehen. Dass sie es nicht tun, spricht dafür, dass es im selbstreferenziellen Berliner Milieu gerade auch um Prestige geht. Der Leiter eines Hauptstadtbüros empfindet es mit Blick auf hochkomplexe Politikfelder wie die Gesundheitspolitik als „schauderhaft“, wie stark Journalisten ihre Leser missachteten und „nur für die paar Meter um den Reichstag“ schrieben. Die Metapher vom „Raumschiff Berlin“ scheint nicht aus der Luft gegriffen, was zahlreiche Politiker und Journalisten einräumen, indem sie für den Kommunikationsplatz

Berlin unter anderem folgende Begriffe finden: „Politik-Medien-Dorf“, „Käseglocke“, „Treibhaus“, „Dunstkreis“, „Mikrokosmos“. Sosehr manche Politiker und gerade Journalisten ihr geschlossenes Milieu durchaus selbstkritisch reflektieren, so ratlos sind sie, wie sich ihrer mangelhaften Rückkopplung an das Publikum als zentralem Bezugspunkt ihrer Arbeit entgegenwirken lässt.

Das Internet als Chance

Paradoxalement kommt hier das Internet ins Spiel, das zwar einerseits eine Art Katalysator der Selbstreferenzialität des politisch-journalistischen Milieus ist, zugleich aber die Möglichkeit bietet, mit den Bürgern intensiver in Kontakt zu treten. Einen ersten Schritt sind hier manche Medien insofern gegangen, als sie auf ihren Online-Auftritten die Arbeitsabläufe und -bedingungen der Parlamentskorrespondenten darstellen und so ihre Hauptstadtbüros gläserner machen. Außerdem kann in Blogs mit Medienakteuren über den Prozess der journalistischen Aussagenentstehung diskutiert werden. Die Online-Welt bietet ein großes, keineswegs ausgeschöpftes Potenzial, Rezipienten als Informanten, Beobachter, Kritiker oder Experten einzubinden. Gerade Journalisten, die Politiker in Wahrnehmung ihrer Kritik- und Kontrollfunktion ständig begleiten, können sich ihrerseits öffentlicher Kontrolle unterwerfen, indem sie beispielsweise jene Kontakte zu Politikern offenlegen, von denen das Publikum in der Regel nichts erfährt, obwohl sie die Berichterstattung beeinflussen. In dem Maße, in dem die Rezipienten über den Prozess der journalistischen Aussagenentstehung im Bild sind, können sie die Medieninhalte angemessen interpretieren. Derartige Wege, das politisch-journalistische Milieu zu öffnen und die Kluft zur Bevölkerung zu verringern, führen über das Internet.

Aussagen über das Verhältnis von Politik und Medien hängen davon ab, in welchem Kontext sie getroffen werden. Beispielsweise sind die politisch-journalistischen Beziehungen in Wahlkämpfen anderer Natur als während Verhandlungen, bei denen die politischen Akteure das Scheinwerferlicht der Medien vorübergehend meiden. Trotz des Öffentlichkeitspostulats der Demokratie ist empirisch unschwer feststellbar, dass zahlreiche relevante Entscheidungen in kleinen Zirkeln hinter verschlossenen Türen fallen, wohin politische Differenzen gezielt verlagert werden. Dieser Mangel an Transparenz kann unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten allenfalls dadurch gerechtfertigt werden, dass die Abschottung von der Medienlogik Verlautbarungsmonopole („Fensterreden“) verhindert und somit der Kompromissbereitschaft dient. Der Staatsrechtler Otto Depenheuer betrachtet öffentliche Verhandlungsführung als „Tanz auf dem demokratischen Vulkan“, weshalb er für ein realistisches Verständnis von Demokratie plädiert, in dem die Vernunft des Sachgesprächs „eine Nische innerhalb der totalen Öffentlichkeit einer fortgeschrittenen Mediendemokratie“ findet.

Diese Nische versuchte auch die letzte Große Koalition zu suchen, als sie eine paritätisch besetzte sechzehnköpfige Arbeitsgruppe aus Fachpolitikern einrichtete, die in zahlreichen zähen Verhandlungsrunden den Grundstein für eine Gesundheitsreform legte. Soll ein Kompromiss über eine derart komplexe und umstrittene Materie erzielt werden, so erfordert dies einen enormen zeitlichen Abstimmungsaufwand, der mit den immer kürzeren Produktionszyklen der Online-Medien inkompatibel ist. Mit anderen Worten: Während komplexer politischer Prozesse ist der journalistische Nachrichtenunger, zumal in Zeiten des Internets, nahezu unstillbar. Folglich überzeichnen oder konstruieren Medien

Konflikte anhand der Informationen, die nach außen dringen: Der Leiter eines Hauptstadtbüros sieht hier „ein Dilemma meiner Arbeit, das mich viel beschäftigt“. Journalisten seien nicht nur Streitverstärker, sondern auch „Streiterfinder, indem wir gucken, wer die Kandidaten sind, die etwas gegen den Vorschlag der Kanzlerin haben könnten. Dann rufen wir die an und haben einen Streit. Dadurch wird die Möglichkeit eines Konsenses erschwert.“

Indiskretion als Verhandlungsstrategie

Infolge der zeitlichen Divergenz von Politikprozessen und Berichterstattung honorierten Journalisten die in der Regel taktisch motivierten Indiskretionen mit Aufmerksamkeit. Für die politischen Akteure resultiert daraus insofern ein Dilemma, als sie mithilfe der Medien womöglich ihre Verhandlungsposition verbessern können, dabei jedoch Gefahr laufen, dass die in die Beratungen eindringende Medienlogik die Problemlösung beeinträchtigt. Dies kann allerdings auch das Ziel von Verhandlungsteilnehmern sein. So fiel bei den Verhandlungen zur Gesundheitsreform gerade jener Teilnehmer durch zahlreiche Indiskretionen auf, der einen Kompromiss gänzlich verhindern wollte. Bisweilen wurde Vertrauliches preisgegeben, um einen Verhandlungsabbruch herbeizuführen, teilweise wurde mehr übereinander in den Medien als miteinander am Verhandlungstisch kommuniziert. Nach Ansicht beteiligter Politiker und Journalisten hat das Eindringen der Medienlogik in die Reformverhandlungen sowohl deren Dauer als auch den Diskussionsstil und einzelne Ergebnisse beeinflusst. Zwar ist die Medienberichterstattung über laufende Prozesse Voraussetzung für politische Teilhabe und damit für die Legitimation eines Verhandlungsergebnisses. Doch eine Öffentlichkeit, die lediglich punktuell und aus strategischen Gründen in Form von In-

diskretionen hergestellt wird, erfüllt nicht ihre in normativen Demokratieansätzen postulierten Funktionen. Ein erfahrener Hauptstadtjournalist verweist hier auf einen Rollenkonflikt: „Wenn es um Sachthemen geht, wenn es um wichtige politische Entscheidungen geht, halte ich eine Klausur ohne Öffentlichkeit inzwischen für produktiver, effizienter und langfristig gesehen für wichtiger, auch wenn ich mich als Journalist dadurch selber ein bisschen aus dem ganzen Prozess rausnehme. Auch als Staatsbürger würde ich das einer allzu breiten Berichterstattung vorziehen, die im Wesentlichen keinerlei Inhalte hat.“ Dass die Interessen von Journalisten und Staatsbürgern bisweilen kollidieren, deutet auf Defizite im politischen Kommunikationssystem hin.

Mehr Handlungsfähigkeit durch „Entschleunigung“

Um den von Depenheuer beschriebenen „Tanz auf dem demokratischen Vulkan“ zu vermeiden, ist es demnach naheliegend, substanzelle politische Entscheidungen in kleinste vertrauliche Kreise zu verlagern. Öffentlichkeit wird erst dann hergestellt, wenn ein Ergebnis in trockenen Tüchern ist und medialen Einflüssen standhalten kann. Dass sich der damalige Arbeitsminister Müntefering mit seinen Vorstellungen zur „Rente mit 67“ durchsetzte, ist wohl wesentlich auf diese restriktive Informationspolitik zurückzuführen. Je intensiver und konfliktorientierter Journalisten Öffentlichkeit über den Verlauf politischer Verhandlungen herstellen, umso mehr ist paradoxe Weise zu befürchten, dass politische Prozesse intransparent werden. So droht die Öffentlichkeit zum Akklamationsorgan andernorts getroffener Entscheidungen degradiert zu werden – ihre Legitimationsbasis wird brüchig. Der Zusammenhang zwischen der von den politischen Akteuren wahrgenommenen Qualität der Be-

richterstattung und ihrer Bereitschaft zur Transparenz sollte für Journalisten Anlass sein, ihre Arbeit kritisch zu reflektieren – nicht nur im Rahmen von Kongressen der Branche, sondern gerade auch auf den Medienseiten. „Entschleunigung“ heißt das Zauberwort, das sich freilich leichter fordern als in der Praxis umsetzen lässt. Der Weg dorthin führt in einem streng marktorientierten Mediensystem nur über Rezipienten, die mehr Wert auf Hintergrundberichterstattung legen und Schnelligkeit nicht als Qualitätskriterium verabsolutieren.

Die Folgen der gestiegenen Bedeutung der Online-Kommunikation zeigen sich in Berlin wie unter einem Brennglas: Beschleunigung und Ökonomisierung des Mediensystems sind zusammenhängende Trends, die zu einem harten Wettbewerb um Aufmerksamkeit führen, der die Erfüllung journalistischer Normen erschwert. Der unstillbare Nachrichtenhunger der Hauptstadtmedien leistet Indiskretionen in zweierlei Hinsicht Vorschub: Informationen dringen sowohl aus politisch-journalistischen Hintergrundgesprächen als auch aus politikinternen Verhandlungszirkeln nach außen. Weil es jedoch einen grundlegenden Bedarf an vertraulicher Kommunikation gibt, wird diese zunehmend in exklusive Kreise verlagert. Das mag aus Sicht der politischen Akteure notwendig und funktional sein, im Sinne eines freien Informationsflusses und politischer Partizipation ist es jedoch keinesfalls. Ohne einen anderen Hauptstadtjournalismus könnte sich eine spiralförmige Entwicklung vollziehen: Das fortschreitende Eindringen der Mediengesellschaft in politische Prozesse führt vermehrt zu Abschottungsversuchen der Politik, sodass sich Journalisten noch aggressiver auf Informationssuche begeben müssen. Die „Medienmeute“, die Politiker auf Schritt und Tritt begleitet, stellt sich letztlich selbst ein Bein.